



## **STÄDTE RÜSTEN FÜR IHRE WEIHNACHTSMÄRKTE AUF**

# **Essen: „Merkel-Tannen“ aus Beton zur christlichen Adventszeit**

Von REALSATIRE | Ja, ist denn schon wieder Weihnachten? Muss wohl so sein, denn die Städte rüsten unübersehbar auf, um das hohe christliche Fest vor moslemischen Terrorangriffen zu schützen. Dafür werden weder Kosten noch Mühen gescheut, um die Deutschen optisch hinter die Fichte zu führen.

Die nordrhein-westfälische Stadt Essen stellt zum Beispiel drei Tonnen schwere „Merkel-Tannen“ aus Beton an den Toren zu ihrem Weihnachtsmarkt am Bahnhof auf, wo ganz früher noch ausschließlich echtes Tannengrün zum adventlichen Rundgang einlud. „Wir wollten das etwas ansprechender gestalten als mit einfachen Betonklötzen“, sagte eine Sprecherin der Stadt. Gemeint sind die bisherigen gewöhnlichen „Merkel-Poller“.

Die neuen grünen, 1,80 m hohen Monster mit der nach unten hin ausladenden Form sollen unter Umständen auch 30-Tonner stoppen können, damit nicht das passiert, was der über die unkontrolliert offenen Grenzen eingereiste moslemische Terrorist Anis Amri an Weihnachten 2016 menschenverachtend anrichtete.

Wie der Spiegel berichtet, ist die inzwischen patentierte Idee denn auch auf der Basis von Augenzeugen entstanden, die beim schrecklichen Geschehen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mit 12 Toten und über 50 Verletzten dabei waren. Die beiden Töchter des saarländischen Herstellers Jürgen Beck hatten als Verkäuferinnen an einem Stand auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche den Anschlag 2016 miterlebt, schreibt das Blatt.

Beck, der auf Volksfesten unter anderem einen Imbiss betreibt, hat sich auf Terrorbarrieren spezialisiert und vermietet diese. Essen sei der erste Weihnachtsmarkt, dessen Marketing die „Merkel-Tannen“ aufstellt. 300 will er heuer insgesamt auf Weihnachtsmärkte ausliefern. Er habe aber noch ein paar auf Lager, sagt Beck.

Ob das Kanzleramt schon geordert hat, ist nicht bekannt.



# Helmut Seifen (AfD-NRW) geißelt Linken Gesinnungsterror an Unis

Jahrelang standen CDU und FDP schadenfroh daneben, wenn die Antifa AfD-Mitglieder überfiel, sie verprügelte, ihre Häuser

beschmierte und Autos anzündete. CDU und FDP schwiegen, als es „die Richtigen traf“ – jetzt trifft es sie selbst.

Immer öfter attackiert die linksradikale Antifa auch CDU- und FDP-Politiker. Thomas de Maizière und Christian Lindner sind bloß die prominentesten Opfer. Besonders extrem ist der linke Gesinnungsterror an den Hochschulen.

Doch als Helmut Seifen (AfD) im nordrhein-westfälischen Landtag am Mittwoch genau dieses Problem anspricht, stellen sich CDU, FDP, SPD und Grüne geschlossen auf die Seite der Antifa – der AfD-Antrag wurde abgelehnt.



## **Die Kinder der Islamisierung kommen zurück!**

Von WOLFGANG HÜBNER | Das hatten sich die stets weltoffenen Politiker der bunten Republiken Europas ganz anders vorgestellt: Nach dem militärischen Sieg gegen die Kopfabschneider des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) sollten sich die Kurden, Iraker, Syrer oder Türken mit dessen überlebenden Anhängern herumschlagen. Mit denjenigen also, die aus Frankreich, Deutschland oder Belgien gekommen waren, um dem religiös motivierten Terror in der Fremde zu frönen. Viele davon hat dieses blutige Abenteuer zu grausamen Mördern gemacht, etliche sind erfreulich vorzeitig ins himmlische

„Paradies“ mit den 72 willigen Jungfrauen befördert worden.

Doch nicht wenige dieser Überlebenden drohen jetzt wieder in die irdischen Sozialparadiese Westeuropas zu gelangen. Denn weder die Kurden, Iraker, Syrer noch die Türken wollen die Drecksarbeit für Staaten erledigen, die diese jungen Bestien heranwachsen ließen. Warum sollten sie auch Gefängnisse oder Lager für IS-Verlierer und deren familiären Anhang unterhalten, wenn doch in kürzester Zeit Kritik aus Paris, Berlin oder Brüssel an „unmenschlichen Zuständen“ zu erwarten wäre? Es ist deshalb nur zu verständlich, dass die bösen Kinder der westeuropäischen Islamisierung nun dahin zurückgeschickt werden, woher sie gekommen sind.

Doch in ihrer alten Heimat kommt selbstverständlich keine Freude über dieses unerwünschte Wiedersehen auf: Nicht bei den in große Verlegenheit gestürzten Politikern, die sich nun mit den giftigsten Früchten ihres Totalversagens im Namen der „Toleranz“ und der „Vielfalt“ konfrontiert sehen. Und selbstverständlich erst recht nicht bei Millionen Franzosen, Deutschen und anderen, die diese menschlichen Zeitbomben unter sich fürchten. Gewiss, einige der Rückkehrer werden von ihrem Wahn geheilt sein. Doch wird es genug geben, die das Töten gelernt haben und davon nicht ablassen wollen, im Gegenteil.

Vor diesen Mördern und Mordwilligen können die Dulder und Förderer der Islamisierung niemand in Westeuropa schützen. Denn wirksame Instrumente oder Maßnahmen zur Verhinderung von künftigen Terroranschlägen der Rückkehrer wollen die westeuropäischen Staaten weder beschließen noch gar praktizieren. Schließlich leben wir ja alle längst in „Risikogesellschaften“, die jetzt halt nur um einige Risiken bereichert werden.

Dass diese Risiken für einige gering, für viele aber unkalkulierbar sind und mit den IS-Rückkehrern noch unkalkulierbarer werden – das werden die Ideologen und Schönredner der bunten Toleranz uns Vielen schon irgendwie als ganz normal, als „Preis der Freiheit“ verkaufen. Diese Politiker, Kirchenfürsten und Meinungsmacher haben ja auch schon erfolgreich die Islamisierung Westeuropas verharmlost.



Die IS-Rückkehrer sind das mit Mörderblut behaftete Resultat dieser von großen Teilen der westeuropäischen Völker geduldeten Verharmlosung. Deshalb gehören sie tatsächlich dorthin zurückgeschickt, woher sie zum Kopfabstreifen aufgebrochen waren.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Wo  
lf  
ga  
ng  
Hü  
bn  
er  
sc

hr  
ei  
bt  
se  
it  
vi  
el  
en  
Ja  
hr  
en  
fü  
r  
di  
es  
en  
Bl  
og  
,  
vo  
rn  
eh  
ml  
ic  
h  
zu  
de  
n  
Th  
em  
en  
Li  
nk  
sf  
as  
ch  
is

mu  
s,  
Is  
la  
mi  
si  
er  
un  
g  
De  
ut  
sc  
hl  
an  
ds  
un  
d  
Me  
in  
un  
gs  
fr  
ei  
he  
it  
. De  
r  
la  
ng  
jä  
hr  
ig  
e  
St  
ad  
tv

er  
or  
dn  
et  
e  
un  
d  
Fr  
ak  
ti  
on  
sv  
or  
si  
tz  
en  
de  
de  
r  
„B  
ür  
ge  
r  
fü  
r  
Fr  
an  
kf  
ur  
t“  
(B  
FF  
)  
le  
gt  
e  
zu



m  
En  
de  
de  
s  
Ok  
to  
be  
rs  
20  
16  
se  
in  
Ma  
nd  
at  
im  
Fr  
an  
kf  
ur  
te  
r  
Rö  
me  
r  
ni  
ed  
er  
. De  
r  
le  
id  
en  
sc  
ha

*ft  
li  
ch  
e  
Ra  
df  
ah  
re  
r  
is  
t  
üb  
er  
se  
in  
e  
Fa  
ce  
bo  
ok  
-  
Se  
it  
e  
er  
re  
ic  
hb  
ar  
.*

---



# Wir leben in einer Schizokratie

Von MARKUS GÄRTNER | Der Wahnsinn in diesem Land nimmt kein Ende, er wird nur stetig höher dosiert.

Die Grundrente, die sich als fauler Kompromiss zur Lebensverlängerung der GroKo erweist, soll unter anderem durch die Finanztransaktionssteuer finanziert werden. Im Klartext: Angehende Rentner zahlen für bedürftige Rentner mit einer Abgabe, die mal für große Spekulanten gedacht war, nach der Finanzkrise aber nie auf den Weg kam und jetzt kleinen Aktionären den letzten Weg verbaut, der ihnen in einer Nullzins-Welt bleibt, um ihre Ersparnisse zu erhalten: dem Aktiensparen.

Aber der Wahnsinn geht weiter. Zum Beispiel, wenn uns Mainstream-Medien im völligen Widerspruch zur großen Mehrzahl der „Sonntagsumfragen“ suggerieren wollen, „eine Mehrheit des Bürgertums“ warte „ungeduldig“ auf eine Schwarz-Grüne Regierung. Oder wenn Stadtwerke in Deutschland SOS-Tweets absetzen und auf den Knien Hinweise erbitten, wo es noch „ein Plätzchen“ zum Bau von Windkraftanlagen gibt? Diese Bitte wird an eine Leserschaft gerichtet, die in Deutschland bereits 1.000 Bürgerinitiativen organisiert hat, weil sie den Wind-Wahnsinn leid ist.

Oder, wenn die AfD als Saboteur hingestellt wird, der den Bundestag „missbraucht“, weil er es wagt, die Regierung zu

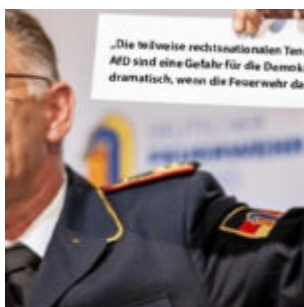
stellen, zu kritisieren, ihr Steine in den Weg zu legen. Was sonst ist denn Opposition im Parlament eines demokratischen Staates? Dass dies als Sabotage dargestellt wird, kommt daher, dass wir seit bald zwei Jahrzehnten von GroKos regiert werden, die jegliche Opposition im Parlament ausschalten und Kritik nicht mehr gewöhnt sind.

Diesen und vielen weiteren Wahnsinn – der oft in altem Gewand, aber mit immer höherer Dosierung daherkommt – zeigt dieses Video...

---

*(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von „Das Ende der Herrlichkeit“ und „Lügenpresse“, war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin „Privatinvestor Politik Spezial“)*

---



## **Wegen Deutschlands vor Abwahl**      **AfD-Bashing: Feuerwehrchef**

Von LUP0 | Beim deutschen Feuerwehrchef Hartmut Ziebs brennt die Hütte. Fünf von sieben Vizepräsidenten haben dem 60jährigen Gerüstbauunternehmer aus Rheinland-Pfalz die rote

Karte gezeigt und ihm das Vertrauen entzogen. Offensichtlicher Grund: Ziebs' Ausfälle gegen die AfD. Der Mann sieht sich offenbar als opportunistischer Kämpfer gegen „Rechts“.

In der Satzung des Deutschen Feuerwehrverbandes steht in § 1 Nr. 5 schwarz auf weiß: „Der Verband verhält sich in religiösen und parteipolitischen Fragen neutral“.

Klarer geht`s nicht. Dennoch versucht Ziebs allem Anschein nach, die 1,3 Millionen Mitglieder im deutschen Feuerwehrwesen politisch gegen die AfD zu beeinflussen. Er befürchtet, dass die AfD zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Feuerwehren unterwandern. Das Schwäbische Tagblatt notiert am 4.9.2019 Ziebs mit dieser Aussage: „Die teilweise rechtsnationalen Tendenzen bei der AfD sind eine Gefahr für die Demokratie. Es wäre dramatisch, wenn die Feuerwehr da reinrutscht.“ Auch auf Facebook kann Ziebs nicht an sich halten, „Haltung“ zu zeigen und schmückt sich mit Einträgen, die ihn an die Seite der Kanzlerin rücken.

Nur, wenn Feuerwehrleute bei gefährlichen ehrenamtlichen Einsätzen vor Ort von Migranten angegriffen und behindert werden, scheut sich der Präsident, Ross und Reiter zu nennen. Da kommt es bei vielen Mitgliedern nicht ganz so gut, dass Ziebs mit Müjgan Percin (39) erstmals eine Frau mit türkischen Wurzeln als Bundesgeschäftsführerin einstellte.

Ob die intern als „zweifelhafte Personalentscheidung“ apostrophierte Einstellung das Fass zum Überlaufen brachte, steht dahin. Jedenfalls fordern jetzt fünf Vizepräsidenten ihren selbstherrlichen Präsidenten zum Rücktritt auf. Das Präsidium des Feuerwehrverbandes entzog Ziebs auf einer Sondersitzung in Fulda „mehrheitlich das Vertrauen für eine weitere Zusammenarbeit“ und räumte ihm eine Frist bis Montag ein, sich zu äußern. Diese Frist ließ Ziebs verstreichen, weil er sich keiner Fehler bewusst ist, wie er der Hannoverschen Allgemeinen mitteilte. Daraufhin gingen die Vizepräsidenten an die Öffentlichkeit.

Die AfD im Landtag Niedersachsen erklärte, dass allein die Äußerungen von Ziebs Grund für einen sofortigen Rücktritt seien. „Als Präsident eines zentralen und wichtigen Verbandes mit weit über eine Million Mitgliedern muss er politische Neutralität wahren und darf seine Mitarbeiter nicht in eine politische Richtung drängen“, wird der AfD-Abgeordnete Jens Ahrends zitiert.

Logischerweise bringen sich inzwischen schon die Fans und Follower von Ziebs in Stellung, um den AfD-Flächenbrand zu löschen. „Anbiederung und Einflussnahme auf relevante Organisationen“ nennen das die Grünen in Niedersachsen. Denn bei Polizei, Bundeswehr und Gewerkschaften gibt es große Sympathien für die Alternativen. Bei Daimler, BMW und Porsche ist die AfD-nahe Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ inzwischen stark im Betriebsrat vertreten, berichtet die HAZ aus dem Autoland Niedersachsen. Und dort will die AfD auch einen Arbeitskreis für Beamte gründen, nachdem Innenminister Boris Pistorius sich zur bundesweiten Speerspitze für AfD-Drangsalierung gemacht hat. Es bleibt also spannend...



**Stephan Brandner: „Es ist eine Blamage für die**

# Altparteien“

Am Mittwoch wurde der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner von den Altparteien als Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag abgesetzt (PI-NEWS berichtete). Noch am selben Tag sprach er mit dem YouTuber Oliver Flesch. „Es ist eine Blamage für die Altparteien“, sagt der 53-jährige Jurist angesichts der Tatsache, dass vor ihm auch schon Rainer Brüderle (FDP), Johannes Kahrs, Karl Lauterbach (alle SPD) und Winfried Mack (CDU) den Begriff „Judaslohn“ in den Mund genommen haben. Keine Spur von Enttäuschung oder gar Verbitterung über die Absetzung, Brandner vielmehr wie gewohnt im Angriffsmodus.

---



## Clanchef Miri ist nur ein Kopf der Hydra

Von MANFRED ROUHS | Das Gerangel um Abschiebung, Wiedereinreise und Asylverfahren des Oberhauptes der arabischen Miri-Familie beherrscht die Medien. Der Staat scheint Zähne zu zeigen. Das deutsche Asylverfahren offenbart aber auch systemische Schwächen. Theoretisch könnte ein Krimineller stets auf's Neue illegal nach Deutschland einreisen, Asyl beantragen abgeschoben werden, wieder einreisen und die Aufführung von vorne beginnen – wie in einer

Endlosschleife. Hier muss der Gesetzgeber ran, um Abhilfe zu schaffen.

Aber, immerhin: Miris Schleuser in der Türkei wurde verhaftet, und dank der Amtshilfe von Europol sowie der britischen, ungarischen, rumänischen und türkischen Polizei konnten sogar zahlreiche seiner Helfershelfer festgenommen werden. Können die Behörden so das Problem in den Griff bekommen?

Wohl nicht, meint Sebastian Fiedler, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Er sagte der „Welt“: „Es gibt anerkannte Mängel in der europäischen Sicherheitsarchitektur bei den unzureichend geschützten europäischen Außengrenzen. Auch unser System ist nicht perfekt und ausgereift. Miri ist ja kein Einzelfall. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kennt viele solcher Fälle.“

Die organisierte Kriminalität in Deutschland ist wie eine Hydra: Schlägt man einen Kopf ab, wachsen zwei nach. Für Nachschub ist gesorgt – dank offener Grenzen. Und wenn deutsche Politiker, allen voran Innenminister Horst Seehofer, in diesen Tagen vor der Presse den starken Mann zum Besten geben, sollten wir einen wichtigen Hinweis von BKA-Mann Fiedler bedenken: „Dass sich die ganze Republik an diesem einen Typ abarbeitet, wo wir in Nordrhein-Westfalen mehr als 100 Clanfamilien und in Berlin rund 30 solcher Familien haben, ist an Absurdität nicht zu überbieten.“

Ohne sichere Außengrenze gibt es keine Sicherheit im Landesinneren. Jetzt nicht, in zehn Jahren nicht und in hundert Jahren genau so wenig: Miri hin oder her, hier oder weg – es gibt einfach zu viele von seiner Sorte.

---





# Offenbach: Kombiniertes BPE-Protest gegen Moschee-Projekt von Milli Görüs

Von BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA | Bundesweit betreiben unzählige islamische Organisationen und Verbände, die den Politischen Islam vertreten, Moscheen und diesen oftmals angegliederte Koranschulen. Zahlreiche neue Moscheebauten sind geplant, in denen diese totalitäre Ideologie Verbreitung finden wird. So auch im hessischen Offenbach, wo der Islamverband Milli Görüs ein Moscheebauprojekt verwirklichen will.

Wer nun glaubt, dass sich die Politik sachlich fundiert mit der Milli Görüs-Bewegung auseinandersetzt und zu dem Entschluss kommt, dieser den Bau einer Moschee zu verweigern, in der eine menschenrechtswidrige und demokratiefeindliche Lehre propagiert wird, sieht sich leider schwer enttäuscht.

So gaben die politischen Entscheidungsträger im Offenbacher Stadtrat dem Bau der Moschee der vom Verfassungsschutz beobachteten und in Verfassungsschutzberichten aufgeführten Milli Görüs-Organisation grünes Licht.

Daraufhin wandten sich besorgte Offenbacher Bürger an die Bürgerbewegung PAX EUROPA und baten uns um Unterstützung hinsichtlich der Aufklärung der Bevölkerung über Wesen und Ziele des Politischen Islams und des der islamischen Terrororganisation Hamas sowie der djihadistischen

Muslimbruderschaft nahestehenden Islamverbandes Milli Görüs. Was dann folgte, kann als Lehrstück einer wunderbar funktionierenden Zusammenarbeit von Bürgern und der Bürgerbewegung PAX EUROPA bezeichnet werden.

Zunächst schrieben wir alle Offenbacher Stadträte persönlich in Form eines offenen Briefes an. Darin brachten wir unser Unverständnis über die Zustimmung des Offenbacher Stadtrates zum Milli Görüs-Moscheebau klar zum Ausdruck. Zudem fügten wir dem Anschreiben diverses BPE-Infomaterial mit hinzu. Niemand der politisch Verantwortlichen in Offenbach soll später einmal behaupten können, er/sie habe „von nichts gewusst“.

Der Milli Görüs-Gemeinde in Offenbach ließen wir einen Fragenkatalog als offenen Brief zukommen, auf deren ehrliche Beantwortung wir bis zum heutigen Tage vergeblich warten. Diesen Fragenkatalog gaben wir auch dem Anschreiben an die Offenbacher Stadträte zur Information mit auf den Weg.

Doch die BPE wäre nicht die BPE, wenn nun nicht auch die Straßenarbeit in Offenbach erfolgt wäre. Mit tatkräftiger Unterstützung von Offenbacher Bürgern und BPE-Mitgliedern verteilten wir in Offenbach zweimal 20.000 Faltblätter an die Haushalte, mit denen wir die Offenbacher Bevölkerung über den von der Milli Görüs-Bewegung vertretenen Politischen Islam aufklärten.



Eine mediale Reaktion auf die öffentliche Ankündigung unserer Kundgebung gab es von der Offenbach-Post, die sich in keinsten Weise inhaltlich mit der Thematik Politischer Islam und dem Islamverband Milli Görüs auseinandersetzte, sondern den Schwerpunkt ihrer tendenziösen Berichterstattung auf die Diffamierung der BPE legte. Eine Antwort unsererseits auf die einseitige Berichterstattung im Artikel der Offenbach-Post ließ nicht lange auf sich warten und lieferte einiges an Informationen, die eigentlich von Journalisten stammen müssten, die sich einer unabhängigen und investigativen Berichterstattung gegenüber verpflichtet sehen.



Zum anderen durch engagierte Bürger, die die zunehmend wichtige Aufklärungsarbeit über Wesen und Ziele des Politischen Islams in die Hand nehmen und friedlichen Widerstand gegen eine Politik leisten, die Scharia-Anhänger und Jihadisten schützt und fördert.



Freien Medien kommt angesichts dieses Komplet-Versagens der Mainstream-Medien eine immer größer werdende Rolle zu, um der Bevölkerung die Bedeutung der Islam-Aufklärung klarzumachen.



Bei jeder BPE-Kundgebung gibt es massenhaft entlarvende Aussagen von Moslems, die die Gefährlichkeit des Politischen Islams klarmachen, beispielsweise wie in Offenbach „Ich würde für meinen Glauben sterben“.



Damit hat dann unsere Bewegung, die auch beim Bundestag als Nichtregierungs-Organisation (NGO) registriert ist, noch mehr Gewicht und daneben auch mehr Mittel, um die aufwendige Arbeit stemmen zu können.